



Nr. 597. Mittag-Ausgabe.

Dreiundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 20. December 1872.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

20. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (19. Decbr.)

12 Uhr. Am Ministerthöfe die Minister des Handels, der Finanzen und des Innern, Präsident von Dachau und zahlreiche Commissarien.

Der Handelsminister bringt die längst erwartete große Eisenbahnbvorlage ein. Beabsichtigt wird zuvorher die Herstellung der kürzesten Verbindung zwischen dem Osten und Westen der Monarchie des Reiches, zwischen Sudeten und West. Von dieser Linie ist im Betriebe die Strecke Cottbus-Berlin-Wetzlar-Lahnstein und Düsseldorf-Mez. Auszubauen ist also noch Berlin-Wetzlar und Lahnstein-Kier-Düsseldorf einförmig einer festen Rheinbrücke. Die Bahn Berlin-Wetzlar würde kosten 50,750,000 Thlr., von der Reichsgrenze bei Sieg über Trier und Koblenz unter fester Überbrückung des Rheins nach Oberlahnstein zum Anschluß an die Lahnbahn 20,750,000 Thlr. Ferner Hanau-Friedberg 2,900,000 Thlr.; Godelheim, resp. Olbergen-Nörtheim 5,900,000 Thlr.; Wetzlar-Dortmund 3,300,000 Harburg über Soltau nach Hannover 11,200,000 Thlr.; Saarbrücken durch das Fischbachthal nach Neunkirchen 2,800,000 Thlr.; Schlüßstück der Berliner Verbindungsbaahn von Schöneberg nach Charlottenburg 4,400,000 Thlr. Summa 101,920,000 Thlr. Ferner für zahlreiche zweite und dritte Gleise 2,548,000 Thlr. resp. 297,000 Thlr.; für die Erweiterung des Bahnhofs in Hannover 4,380,000 Thlr., für Bahnhöfe der Berliner Verbindungsbaahn 1,700,000 Thlr., für Vermehrung der Betriebsmittel der Staatsbahnen 9,000,000 Thlr. Gesammtsumme 120,000,000 Thlr. Davon sollen 1873 höchstens 20 Millionen, 1874 und 1875 nicht mehr als 25 Millionen flüssig gemacht werden. Im Betrieb der Vermehrung der Betriebsmittel wünscht der Minister die möglichst rasche Bewilligung, da die Ausführung der Bestellung von Lokomotiven immer noch 1½ Jahr auf sich warten läßt und die deutschen und belgischen Fabriken mit Aufträgen überladen sind. Die Bergisch-Märkische Eisenbahn-Verwaltung hat 20 Lokomotiven aus England beauftragt müssen.

Über die gesetzliche Behandlung dieser Vorlage kann heute noch kein Besluß gefaßt werden.

Das Haus geht sodann zur zweiten Beratung des Etats der preußischen Bank über, deren Einnahmen sich für 1873 auf 2,002,000 Thlr. bezeichnen, um 287,000 Thlr. mehr als im laufenden Jahre. Darunter sind 1,313,352 Thlr. Gewinnabteilung, 66,738 Thlr. Zinsen von dem Einheits-Capitale des Staates a 3½ Prozent. (Dieser Einstrom beträgt 1,906,800 Thlr.), endlich 621,910 Thlr. Zuschuß zur Verzinsung und Tilgung der Staats-Anleihe vom Jahre 1856.

Referent v. Benda: Die Budgetcommission schlägt Ihnen vor, die Einnahmen der Preußischen Bank unverändert zu genehmigen. Es kam zur Sprache, ob nicht möglicherweise die bevorstehende Reichsgesetzgebung auf die heutige Mehrnahme der Bank von 287,000 Thlr. von Einfluß sein könnte, und der Regierungskommissar wurde nach dem Stande dieser Gesetzgebung gefragt. Er erwiederte, daß ihm nichts darüber bekannt sei, doch aber auch für den Fall des Zustandekommens eines Reichsbankgesetzes dasselbe auf den Etat für 1873 keinen Einfluß haben könnte. Gestatten Sie mir nun, über eine höchst wichtige und ernste Angelegenheit, die wie Sie Alle wissen, in diesem Augenblick die Gemüter sehr aufgeregt hat, eine Anfrage an den Präsidenten der Bank zu richten. Es ist das die Kürzelbewilligung der sogenannten Finanzwechsel durch die Bank. Die Urtheile über diese Maßregeln sind hier und in der Provinz außerordentlich verschieden. Man behauptet von der einen Seite, die Maßregel treffe weniger das Herz des eigentlichen Grundthums als das solle Geschäft; von der andern Seite sagt man: wäre die Maßregel begründet, warum ist sie dann nicht schon lange früher, schon vor Monaten getroffen?

Man beschwert sich darüber, daß kein Unterschied gemacht werde zwischen Gründwechseln und den besten und anerkannt solidesten Wechseln. Die Leidenschaftlichkeit der Presse, namentlich der provinzialen, über diese Maßregel läßt nichts zu wünschen übrig. Unter diesen Umständen spreche ich im Interesse des Landes und der Regierung selbst den Wunsch aus, der Präsident und Chef der Bank möchte recht offen und recht bestimmt die Verhältnisse uns darlegen. So sehr das Haus sicherlich den Wunsch hat, daß die berechtigte und segensreiche Tätigkeit der Capital-Association nicht durch unwise Maßregeln der Staatsregierung eingeschränkt werde, so glaube ich doch der Regierung die Versicherung geben zu können, daß sie auf ein williges Ohr und volle Zustimmung in diesem Hause rechnen kann, wenn sie den Nachweis führt, daß sie zu dieser Maßregel durch die Überreichung der Spekulations-Geschäfte, und durch die zum Theil unsolide Basis derselben gezwungen worden ist. Ich bitte daher den Chef der Bank um eine eingehende Mittheilung über den Ursprung und die Bedeutung dieser Maßregel, namentlich auch im Hinblick auf den etwas auffallenden, wenn auch durchaus nicht zu Besorgnissen Veranlassung gebenden letzten Bank-Ausweis. Ich hoffe bestimmt, seine Antwort wird nicht allein hier, sondern wesentlich auch in der Provinz die Gemüter beruhigen und das alte, bewährte Vertrauen zu der Tüchtigkeit und Umsicht unserer Bankverwaltung bestätigen und befestigen.

Bankpräsident v. Dachau: Ich kann dem Herrn Referenten nur dankbar sein, daß er mir durch seine Anfrage Gelegenheit verschafft hat, über die Angelegenheit, die jetzt seit mehreren Wochen schon die Presse im allerhöchsten Maße beschäftigt und beunruhigt, mich hier öffentlich vor dem ganzen Lande auszusprechen. Ich hoffe, daß meine Erwiderung beruhigen wird, obwohl ich nicht ohne Sorge deshalb bin, weil man in letzter Zeit die Frage nicht objektiv, sondern gründlichst vom Standpunkt einzelner Institute beurtheilt hat und dadurch vielfach mißgelaufen ist. Ich habe zunächst zu constatiren, daß die preußische Bank Creditbeschränkungen und Restriktionen in der Disconturung des Wechseln bis jetzt noch nicht beschlossen und angeordnet hat. Es ist bis heute noch kein einziger Wechsel der sich zur Disconturung überhaupt eignet, abgewiesen, kein einziger Lombard-Vorlehen verweigert worden, wenn dafür die erforderliche Sicherheit gewährt werden könnte. Alle damit nicht übereinstimmenden Zeitungsnachrichten beruhen auf Missverständnissen oder absichtlichen Fassstellung. Dazu rede ich namentlich die Nachricht, daß wir auch gute Geschäftswechsel zurückgewiesen haben, wenn auf denselben irgendwie Firmen figurirten hätten, die zu Gründern gehören; und natürlich noch mehr die Nachricht, daß wir bei uns ein sogenanntes „schwarzes Register“ führen, worin alle Gründerfirmen verzeichnet sind. Zurückgewiesen sind nur solche Wechsel, welche entweder die erforderliche Sicherheit nicht gewähren oder den Stempel der Geldmacherei offen an der Stirne tragen und deshalb nach den Regeln der Bank überbaupt nicht zur Disconturung sich eignen. Denn die Bank ist nach ihren Statuten und Instructionen gar nicht berechtigt, solche Wechsel zu discontieren, die nicht auf reellen Geschäften, sondern bloß auf Geldmacherei beruhen, und würde, wenn sie derartige Wechsel in Masse discontieren wollte, nicht nur ihren Ruf, sondern auch die Circulation des Geldes im Lande gefährden.

Bis jetzt ist der Bank noch kein Vorwurf darüber gemacht, daß sie nur gute Wechsel, wirkliche Geschäftswechsel discontiert hat; im Gegenteil man hat sie deshalb gerühmt. Man würde auch jetzt ihr Vorwurf machen, wenn sich unter diesen Wechseln nicht sogenannte Creditwechsel, wie sie der Herr Referent nannte oder wie sie sonst heißen, sogenannte Bankwechsel, befinden hätten, das sind solche Wechsel, welche in- und ausländische Banken erst seit letzter Zeit, seit Jahr und Tag in Masse in Circulation seien, um sich das ihnen fehlende Geld vorübergehend oder auf längere Zeit zu verschaffen. Dergleichen Wechsel fanden auch früher ausnahmsweise in kleinen unbedeutenden Summen vor; in letzter Zeit sind sie in kolossalen Summen aufgetreten, namentlich von einem fremden Börsenplatz aus, der sich in noch größerer Verlegenheit befindet, als unser Platz; man berechnet die Summe der Wechsel, die sich allein an jenem Platze fortwährend am Platze in Circulation befindet, auf mindestens 30—50 Millionen. Die betreffende Landesbank discontiert diese Wechsel unter keinen Umständen (hört); was ist da natürlicher, als daß man sich dieser Wechsel bei uns entzündigen möchte. Versuche sind in Masse gemacht, wir haben Provinzialbanken, bei denen man an einem Tage Millionen angeboten hat. Auch hier würde man sicher zu diesem bequemen und einfachen Auskunftsmitteil sofort schreien und der Bank derartige Wechsel in Unmasse ins Vorleseuille geben, wenn wir nicht von vornherein einen ganz festen Riegel gegen alle Versuche vorgeschoßen

hätten. Sie sehen daraus, daß wir einmal durch unsere Instruction, sodann durch die Rücksicht auf die ganze Geldcirculation des Landes und endlich durch die Unmöglichkeit, solchen Ansprüchen zu genügen, genötigt gewesen sind, feste Position dieser Wechseln gegenüber zu nehmen. Daß wir das mit Maß gehan haben, beweist der Umstand, daß wir dergleichen Wechsel von kurzer Sicht, wo sie gewissmachen nur als Infassungswechsel figuriren können, ferner dann discontieren, wenn sie in die Hände von Industriellen oder Geschäftsläden übergegangen sind.

Weil diese Ausnahme nicht gehörig beachtet war, hat sich gestern hier eine benachbarde Handelskammer beschwert, die im Uebrigen durchaus mit der Maßregel einverstanden war und nur diese Ausnahme verlangte. Es ist ihr sofort geschrieben worden, daß es ein Irrthum der betreffenden Anstalt sei, der sofort redressirt werden solle. Nun frage ich Sie: Kann die Bank weiter gehn, als sie gegangen ist? Das ist bei diesen Wechseln, die augenscheinlich nichts weiter sind als Rittwechsel, wenn auch vornehme Rittwechsel, worauf nur Firmen figuriren, die sonst für gut gelten, die man für erste Firmen hält, die Hand dazu bieten, solche Wechsel anzunehmen? Wir würden damit einmal unsern Ruf gefährden und dann auch dem soliden Handelsstande und der Industrie nicht helfen; nehmen Sie nur an, daß wir diese Wechsel nicht bis 50, sondern nur bis 20 oder 30 Millionen belämen. Sie kennen alle den Status der letzten Wochen, auf den der Herr Referent großen Werth legt. Man hat diesen Status dazu benutzt wollen, uns aus der genommenen Position zu verdrängen. Man hat unsere Lage, die Lage unserer Geldmarktes mit düsteren Farben geschildert und gemeint, daß das Schlimmste zu erwarten wäre, wenn wir diese Finanzwechsel nicht discontieren. Ich sehe die Lage nicht in so düsterem Lichte, ich glaube umgekehrt, daß die Lage unserer Bank und unseres Geldmarktes eine sehr gute ist, obgleich die Anlage der Natur der Sache nach am Schluß des Jahres viel höher ist als sonst. Unsere Noten sind noch heute mit mehr als 58 Prozent durch Metall gedrückt. Wir haben nach einer Ermittlung, die ich in den letzten Wochen für einen anderen Zweck habe anstellen lassen, von Wechseln, die damals 170 Millionen betrugen, die bei weitem größere Hälften von 89 Millionen in den nächsten noch nicht ganz vier Wochen fällig, das ist ein Portefeuille so gut wie es nur irgend zu wähnen ist.

Ich bin im Stande Ihnen nachzuweisen daß keine Bank so gut steht wie wir. Wir haben aber noch in diesem Jahre bei dem regulären Geschäft eine erhebliche Mehreinnahme zu erwarten, das bringt der Jahresabschluß mit sich. Auch die Mehranlage der letzten Wochen ist zum Theil auf diese Bedürfnisse des Jahres mit zu rechnen. Man hat schon vielfach vorher das Gold entnommen, weil man nicht sicher ist ob nicht die Bank später den Discount erhöht. Angesichts dieser großen Bedürfnisse stehen wir, glaube ich, trotzdem befriedigt da. Es würde unverantwortlich sein, nach meiner Ausschaffung, und ich hoffe, das hohe Haus wird dieselbe Meinung haben, wenn wir uns Sachen auf den Hals laden wollten, die uns nichts angehen, wenn wir für fremde Börsen unser Geld aussgeben sollten, gewissen Personen und Häusern zu Lieb, denen ich im Uebrigen gar nicht so nahe treten will. Wenn wir das nicht thun, so glaube ich auch noch heute, daß wir eine Krisis nicht haben werden, daß sich die Verhältnisse auch diesmal, wenn auch schwer, besser gestalten werden. Wir haben ja schon andere Kästen durchgemacht; die vom Jahre 1857 will ich dazu nicht rechnen, da die Bank damals noch nicht so großartig und stark war, wie jetzt; aber die Kästen und Verlegungen der Jahre 1864, 1866 und 1870 waren viel schwieriger wie jetzt; wir werden auch das durchmachen, wenn nämlich die Herren, die jetzt anderwärts ihr Glück suchen, von den mäßigen Gründungen endlich absehen möchten und wenn sie ferner es unterlieben, trotz der schwierigen Geldverhältnisse fort und fort mit neuen Ausdrucksreihen an das Tageslicht zu treten. Das ist das Schlimme, was ich befürge, aber durchaus nicht, daß wir etwa Schwierigkeiten machen werden oder machen können. Nun habe ich nur noch einen Vorwurf zu widerlegen, der auch vom Referenten berichtet ist, nämlich, daß wir mit unserer Maßregel nicht bei Zeiten vorgegangen sind.

Meine Herren, jedermann im Lande weiß, daß wir Reitwechsel nicht discontieren, das ist keinem Geschäftsmanne unbekannt, auch wenn sie noch so gute Namen tragen, falls man weiß, daß sie Reitwechsel sind. Wie haben es nicht gehn, als zum ersten Mal in diesem Frühjahr derartige größere Summen solcher Wechsel auf Frankfurt vorlagen. Da wurde eine Verfügung nicht bloss nach Frankfurt, sondern auch für alle übrigen Bankanstalten erlassen, daß wir uns dergleichen Wechsel ernstlich verbitten müssten. Als ich im Juli von einer größeren Geschäftsschule zurückkam, war die Masse solcher Wechsel noch größer geworden. Es erging darüber eine zweite Verfügung an alle Bankanstalten, wodurch ihnen derartige Diskonturungen verboten wurden. Als dies noch nicht nachhast, wurde im Septbr. d. J. die Erhöhung des Discounts verfügt. Auch diese Maßregel konnte doch nicht anders ausgefaßt werden, als eine Mahnung an das Publikum, sich vor übertriebenen Ansprüchen an die Bank zu halten und sich bei Zeiten einzurichten. Die Maßregel hatte zuerst einen sehr guten Erfolg, aber bald überwog die große Neigung durch Gründung möglichst schnell Geld zu gewinnen und die Ansprüche in diesen Formen wuchsen wieder; es wurde wieder und zwar durch die Presse bekannt gemacht, die Bank habe zwar keine Restriktionen verfügt, aber angeordnet, daß Wechsel derart, wie ich sie heute im Eingange meines Vortrages bezeichnete, die den Stempel der Geldmacherei an der Stirne tragen, unbedingt abgelehnt werden müssten. Wie kann man Angehörige dieser Verfügung und öffentlichen Bekanntmachung und der großen Zahl von Verfügungen, die in Specialfällen ergründen sind, behaupten, daß wir unsererseits das Publikum nicht rechtzeitig informirt hätten?

Ich glaube umgekehrt, daß das Publikum hat sich den größten Vorwurf zu machen, ich meine vor Allem diejenigen, die das größte Interesse daran haben, derartige Wechsel an die Bank zu bringen, daß sie sich trotz aller Zurückweisungen mit dem Gedanken noch immer besetzt haben, es werde ihnen gelingen, die Bank für diese Wechsel willig zu machen. Auch der Vorwurf ist der Bank gemacht worden, warum wir nicht den Discount noch weiter erhöht hätten, statt zu diesen sogenannten, keineswegs wirklichen Restriktionen überzugehen. Wir haben gar nicht selten zu der Maßregel der Discontoerhöhung unsere Aufsicht genommen, namentlich wenn ein Aufschluß des Metalls zu beforschen war oder wenn die Ansprüche so kolossal wurden, daß wir ohne Discontoerhöhung ihnen nicht genügen konnten. In dieser Lage befinden wir uns aber gegenwärtig nicht. Wir leiden nicht unter einem Metall-Abfluß, sondern es steht uns soviel Metall zu, wie noch nie. Wir leiden fast mehr am Gegenmittel. Wir haben nach unserer Ausschaffung in diesem Augenblick keine Ursache anzunehmen, daß wir die Bedürfnisse, die uns das Jahr noch bringen wird, nicht befriedigen könnten. Der Zeitraum ist nur noch ein sehr kurzer, und was uns da noch fortbleibt, wird sehr bald wieder zurück in unsere Kasse strömen mit dem Eintritt des neuen Jahres, wo kolossale Summen wieder in den Betrieb treten werden. Ich erinnere nämlich an die Bundesanleihe, die dann voll eingezahlt wird; nach meinen allerdings nicht offiziellen Kenntnissen würden dies etwa 28 bis 30 Millionen sein.

Man schätzt die Gelde, die in den ersten Wochen des nächsten Jahres wieder in die Bank zurückfließen, durch Dividende und Bonds alter Art auf mindestens 30 Millionen; es sind große Massen von Geldern disponibel für verschiedene Zwecke, die doch auch nach und nach werden angelegt werden müssen, so daß ich nicht glaube, daß das nächste Jahr uns so ganz arm finden wird, wie wir jetzt zu sein scheinen. Meine Herren, unter diesen Umständen den Discont von 5 Prozent ohne die allerdringendste Veranlassung zu erhöhen, halten wir für sehr bedenklich. Es ist für die Industrie und den legitimen Handel ein Discont von 5 Prozent zwar hoch; er fört aber nicht alle Verhältnisse. Dies tritt aber nach meinen festen Überzeugungen sofort ein, wenn der Discont über diesen Satz hinaus erhöht wird, und was würden wir dadurch erreichen? Den Herren, die sich jetzt durch die sogenannten Credit- oder Bankwechsel helfen, denen helfen wir durch die Erhöhung des Disconts gar nicht, wir müßten denn etwa die Absicht haben, ihre Wechsel anzunehmen, wovon doch gar nicht die Rede sein kann. Wenn wir den Discont erhöhen und gleichzeitig jene Maßregel zurücknehmen, dann bezweifele ich gar nicht, würden wir den betreffenden Herren das Geld viel billiger machen und geben, wie sie es auf anderem Wege bekommen (sehr wahrs!), aber wir würden der Industrie und dem Handel einen enormen Schaden zufügen und dazu finde ich mich nicht veranlaßt.

Ich bin auch der Ansicht, daß das Haus mit mir derselben Meinung sein wird. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Löwe: Wir können, wie ich glaube, von der Handlungsweise der Bank durchaus befriedigt sein. Wir stehen aber jetzt vor einem Wendepunkt mit dem ganzen Bankinstitut, nämlich vor der Reichsgesetzgebung und da haben wir die Pflicht, die Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß sie die großen Lebzeiten, die ihr auch die gegenwärtige Krisis wieder gibt, für die neue Gesetzgebung wohl benutzt und verwerten. Die Hauptfrage, die wir im Lichte der gegenwärtigen Vorgänge betrachten müssen, ist die: haben wir ein Interesse eine solche einheitliche Bank, wie sie jetzt besteht, mit einer solchen unbedrängten Notenausgabe zu bestellen, oder bei der nächsten Gesetzgebung eine andere Einrichtung zu treffen? Es ist interessant zu beobachten, wie dieselben Kreise, die jetzt das Blaue vom Himmel herunterschreien über die preußische Bank, noch vor einem halben Jahre darauf schworen, es gäbe gar nichts Vorzüglicheres, als ein solches centralisiertes Institut wie unsere Bank. Besonders die Berliner Geschäftsläden sahen fröhlich wie der Knabe an der Quelle und schöpften daraus und meinten etwas Beitives als ein so großes Baustein könne für sie nicht existieren; und darum müßte man denn die preußische Bank mit allen ihren Einrichtungen, so wie sie ist, nehmen und zu einer deutschen Haupt- und Reichsbank machen. Das waren eben die Interessen, die sich für die besten Sachverständigen ausgaben und das sind dieselben, die diese Geldmacherei mittels Wechsel am meisten betreiben. Ich möchte daher für die zukünftige Gesetzgebung vor solchen Sachverständigen, die zugleich Interessen sind, entschieden warnen.

Die Hauptfragen bei der Neugestaltung werden sein: Centralisation oder Nichtcentralisation und unbedrängte Notenausgabe. Ich sehe nicht mit einem Theile von Gold bedeckt. Diese unbedrängte Notenausgabe bietet nach meiner Überzeugung nicht den festen Riegel dar, der für Kreise und bewegte Zeiten unbedingt vorhanden sein muß. Mein Standpunkt ist ausdrücklich der, daß ich die Noten lediglich durch Metall bedeckt wissen will, und das mit dieser Modifikation dann das Bankgewerbe in voller Ausdehnung freigegeben werde. Schließlich noch ein Wort über eine gesetzliche Frage: Wir haben mit Erstaunen gesehen, daß die Budgetcommission nur mündliche Berichte erstattet zu wollen scheint. Ich muß mich entschieden gegen diesen Weg erklären, ich glaube, es werden dadurch die Lebzeiten der Commissionsberatung und der Beratung im Hause nur vereinigt. Ich würde vor diesem System der vollen Plenarberatung des Budgets im Hause den Vorzug geben.

Abg. Lasker: Ich widerspreche dem Vorschlage des Vorredners, der uns wieder zu der alten Methode zurückbringt, nach der wir u. a. vorgegangen sind. Der Verlauf von einigen Monaten den ersten Bericht erhalten und nicht vor 3 bis 4 Monaten den Etat zu erledigen im Stande sind. Ich freue mich, daß die Herren nicht mehr so prinzipiell für die commissarische Beratung eintreten; früher sah man ja die Vorberatung des Budgets im Hause nah zu als eine Verfassungsverleihung an. Jetzt deutet man ja über die Sache hinweg und ich hoffe, es wird mit dem mündlichen Commissionsschreiber wieder so geschehen. Sollte einmal ein Antrag der Budget-Commission hier vorliegen, in welcher wirklich eine eingehende, schriftliche Motivierung verlangt, so wird sie zwif. Iohne Seitens der Commission nicht fehlen. Nebenbei ist in den schriftlichen Anlagen des Etats schon ein sehr wertvolles Material gegeben. Ich bin überhaupt der Meinung, daß die schriftlichen Berichte etwas gar zu sehr an den burokratischen Wegen erinnern, während wir im Wesentlichen doch hingewiesen sind, in der lebendigen, mündlichen Behandlung das pro und contra vorzuführen und dem Lande gegenüber zu vertreten. Ich komme nun zu der Frage, die der Herr Referent angeregt hat, und ich freue mich, daß die weitere Erörterung derselben in Gegenwart des Herrn Finanzministers stattfinden kann. Der Vertreter der Bank hat in der Commission auf unsere Anfrage, ob die Bankfrage schon in der nächsten Session des Reichstages verhandelt werden solle, geantwortet, er sei ohne offizielle Kenntnis der Sachlage, doch meine er, daß man es für notwendig halte, erst das Mängelgesetz zu geben und danach zum Bankgesetz zu gelangen. Ich glaube nicht, daß ein solcher innerer Zusammenspiel zwischen den beiden Gesetzen existiert, sondern meine, daß die Bankfrage schlechter Eileidigung bedarf, zumal das gegenwärtige Verhältnis der Bank nur provisorisch ist. Die Ansichten gehen dabei so weit auseinander, daß es besser wäre, so bald als möglich in die Sache einzutreten.

Ich bin aber auch mit den beiden Herren Vorredner dem Herrn Referenten dazustehen, eine so wichtige Frage vor ein unparteiisches Forum gebracht zu haben. Kein Wunder, daß die Interessen zunächst mit den Hintergründen, mit denen man die öffentliche Meinung in Bewegung setzt, gegen Maßregeln anstreben die ihrem eigenen Interesse entgegen sind. Es freut mich aber, daß der Herr Bankpräsident die Wohlthat so naht bezeichnet hat, wie sie bekannt zu werden verdient. Diese Operation besteht darin, daß man in Ermangelung eigenen Geldes ein Scheingeschäft vollzieht, einen Wechsel ausstellt, seinen Namen darauf legt und sich so Geld verschafft. Man nennt das mit glänzenden Namen Finanzwechsel, in Schichten, wo man sich drastischer ausdrückt, Wechsel, weil eine Person von der andern gemisbraucht wird, gewissermaßen, wie man Pferde benutzt, um fortzutrommen, wenn man selbst müde ist. (Heiterkeit.) Dieser Ausdruck identifiziert mir in der That das Geschäft drastischer zu bezeichnen. Ich glaube ein Wort mitsprechen zu können, weil ich seit lange schon die Lebzeiten meine Aufmerksamkeit zugewendet habe. Als Concursrichter am Berliner Stadtgericht hatte ich Gelegenheit zu erleben, daß fast alle Vorberatungen zum Concurs mit erheblichen Reitwechseloperationen vor sich zu geben pflegten, und zwar wachsen die Kosten so über die Leute später über den Hals, daß alle die Unterkosten, die schlechte Wirtschaft herbeiführt, welche naturgemäß

organischen Bestimmungen geben, die den Missbrauch ausschließen. Nun hat sich unter die vielen ehrenvollen Operationen ein Theil sehr bedenklicher, schwindelhafter eingemischt und es scheint, daß denjenigen, die in Wahrheit das Interesse der öffentlichen Wohlfahrt zu befördern bestrebt sind, ein sehr schlechter Dienst geleistet wird, wenn neben ihnen an demselben Platz und im Munde des Volkes gewissermaßen mit demselben Atemzug auch diejenigen Gründer genannt werden, welche jetzt schon mit dem Matel unserer Geschäftsführung befasst sind und auch dafür erkennbar gemacht werden. Eine Art solcher unethischer Operationen ist auch die, mit der Herr Bankdirektor sich heut zu beschäftigen gehabt hat. Ich habe nichts dagegen, wenn jemand mit seinem eigenen Vermögen soweit geht, daß er Speculationen gewisser Art unternimmt, obgleich sie mehr den Charakter des Spiels an sich tragen, d. h. nicht einen Gewinn innerhalb gewisser Schranken in Aussicht stellen, sondern die Möglichkeit eines sehr großen Verlustes gegen die Möglichkeit eines sehr großen Gewinnes einzehen, aber vor allem muß das, was sie zum Einfall bringen, ihr eigenen Vermögen sein und dann ist nothwendig, daß aus solchen Speculationen der Gewinn nicht allein in die Taschen der betreffenden Mitglieder stecke, die Verluste aber auf das Volk oder auf diejenigen abgewälzt werden, die sie in der einen oder anderen Weise zu den Speculationen zu versöhnen wissen. (Sehr richtig!) Das aber ist gegenwärtig vielfach die Lage. Es ist ganz unbegreiflich, daß Dinge vorkommen, die ziemlich allgemein in der Geschäftswelt bekannt sind und an der Börse selbst sprechen die verschiedensten Personen von den Gründen mit einer gewissen Verdächtlichkeit, und es ildet sich da eine gewisse Rangordnung nach dem Grade der größeren oder geringeren Heiterkeit.

Es liegt vor Aller Augen, wie bei der Gründung von Actiengesellschaften sämmtliche Vermögensobjekte durch falsche Einschätzung zu einem weit höheren Werthe angesehen werden, als sie haben. Man gibt einen sabelhaften Geschäftsgewinn an und die Gründer fordern 15—20% mehr als sie gegeben haben, indem sie durch geschickte Operation und unrechte Zwischenverhandlungen zu verborgen wissen, was sie selbst gezahlt. Hierdurch sichern sie sich zugleich vor der kriminellen Verfolgung, aber für uns ist es klar, wie sie ihre Zwecke erreichen. Ein eclatanter Fall ist zu meiner Kenntnis gekommen. Das Geschäft wurde angeboten für 300.000 Thlr., von den Abnehmern getauft für 600.000 Thaler, und der eine Socius, dem es leid thut, diese 350.000 Thaler heilen zu müssen, ließ sich von einem Agenten Rath ertheilen, wonach ein neuer Vertrag abgeschlossen worden ist, der scheinbar die 300.000 Thlr. wieder eingesetzt hat, so daß dieser Socius 350.000 Thlr. mehr in seine eigene Tasche stecken lassen konnte, ohne sie zu theilen. Ich vermuthe, daß in diesem Falle ein Scheingeschäft abgeschlossen worden ist. Die Sache ist zur weiteren Verhandlung deshalb gekommen, weil dieser Socius dem Agenten die Provision für diesen guten Rath und seine Mühe nicht hat geben wollen. (Heiterkeit.) Nun kommt das Hauptstück, wodurch die Moral charakterisiert wird, die in gewissen Kreisen herrscht. Die Sache ist zur schiedsrichterlichen Entscheidung gekommen, und das Schiedsgericht hat erkannt, daß diese Aten wegen mehrfacher unsittlicher Handlungen, die dazwischen liegen, zu verbrennen seien. (Heiterkeit.)

Der wenn in einem andern Falle, wie dies ja ganz offen verhandelt wird, ein Scheinpriß aufgestellt wird, was ich neulich dem Justizminister sagte, wenn also öffentlich in den Zeitungen der Verkäufer den Gründern vorwirft, daß sie den Kaufpreis um einige hunderttausend Thaler höher angegeben, als er selbst erhalten hat und wenn diese dann ihm erwidern — auch in öffentlichen Zeitungsinseraten —, daß er um diese Manipulation nicht zu verrathen, hunderttausend Thaler für sich bekommen hat (Heiterkeit), und wenn solche Streitigkeiten criminalrechtlicher Natur öffentlich geführt werden, so muß die Staatsbehörde einschreiten und man erwidere nicht, daß die Betroffenen oder ich selber mich an die Criminalpolizei wenden sollte. Sie wissen, daß so lange das öffentliche Anklagemonopol besteht und die Bribitanlage verboten ist, jede andere Anzeige eines Unbelehrten den Charakter der Denunziation hat, und Denunzianten sind nun einmal nicht beliebt und vielleicht ist es auch gut, daß man diese Auffassung etwas übertriebt. Hätten wir das öffentliche Anklagemonopol nicht, so würden sich, wie in England Vereine zur Verfolgung solcher schwindelhaften Geschehnissen bilden. (Sehr gut!) und ich würde vielleicht einem solchen Vereine angehören. Bei uns muß die Staatsregierung von ihrem Anklagerechte Gebrauch machen. (Sehr richtig!) denn die öffentlichen Schäden müssen mit den geeigneten Mitteln befeitigt werden. Eine glänzende Rechtsfertigung habe ich heute durch den Bankpräsidenten erhalten, er hat das Ding mit dem rechten Namen genannt; er bezeichnete die Firma als solche, die reichen die eigenen Mittel nicht mehr aus, unter beliebigen entstellenden Formen sich an den Staat wenden.

Haben wir dazu der Preußischen Bank die Notenmission angetragen? Sicherlich doch nur, um dem legitimen industriellen Bedürfniß zu Hilfe zu kommen. Schon 1857 und seitdem in jeder Krise hat die Bank sich in diesem Sinne bewährt, will sie es auch ferner, so muß sie bedacht sein, ob es zurückzuweichen, was den Stempel der Schwindelhaftigkeit an der Stirn trägt. (Beifall). Privatpersonen mögen darüber discutiren, daß man dem Wechsel nicht ansieht, ob er aus legitimen Geschäften kommt oder zu den oben geschilderten Operationen dienen soll; aber kein Vantoorsteher würde für einen tüchtigen Beamten seines Fachs gelten, der bei reichlichem Umfang nicht sofort aus der Physiognomie erkennen sollte, was der Wechsel zu bedeuten habe, daß eine oder andere Mal kann der Wechsel wohl unter falscher Firma spazieren. Aber mit der Zeit wird man doch erkennen, was er ist. Die Bank geht schon weit, wenn sie den Grundsatz aufstellt, daß selbst solche Wechsel zu discontieren seien, die an sich unreinen Ursprungs, wenn sie nur einmal sich in den legitimen Industrie gebadet haben, wenn sie nur einmal durchgegangen sind durch legitime Geschäfte, reinlich genug sind, um mit sauberen Händen angefaßt werden zu können. (Große Heiterkeit.) Aber man soll nicht weiter gehen und die öffentliche Meinung glauben machen, daß ein Geschäft, dessen erster Grundsatz Sauberkeit sein soll, sich damit beschreibt, daß es aus solchem Schmutz seine Valuten annimmt. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Miquel: Ich leugne nicht, daß zahlreiche Handlungen vorgekommen sind, um das Publikum zu täuschen, aber ich glaube doch, daß unsere Actiengesetzgebung und ihre Folgen immer noch den Vorzug verdienen vor einer viel gefährlicheren Richtung des wirtschaftlichen Lebens, derjenigen nämlich, welche das Geld des Volkes ins Ausland treibt. Ich sehe doch noch lieber, daß es auf unsere inländische Industrie verwandt, als für faule rumänische Obligationen und amerikanische Prioritäten fortgeworfen wird. Nach meiner Meinung hat unsere Actiengesetzgebung noch nicht Schranken genug, um faule Geschäfte auszuschließen. Wir bewegen uns dabei auf dem dünnsten gesetzgeberischen Boden, der namenlich durch die unglaubliche Leichtgläubigkeit des Publikums so schwierig gemacht wird; denn daßelbe glaubt demjenigen am meisten, der es am Frechten beläßt. Ich möchte den Vorwurf machen, daß die Gründung einer neuen Gesellschaft im Reichs- und Staatsanzeiger veröffentlicht werden muß, nicht bloß ihr hochlingender Prozeß, sondern auch ihre Statuten, aus denen sich am ersten erkennen läßt, weiß Geisteskind sie ist. Ferner sollten Häuser und Verkäufer gesetzlich gezwungen sein, der Gesellschaft das Grundstück zu demselben Preise anzurechnen, zu dem zwischen ihnen Beiden der Kaufcontract abgeschlossen ist. Ich weiß wohl, dies Gesetz ist mit Hülfe der gerichtlichen Personen leicht zu umgehen, aber welches Gesetz wäre das nicht? Dem wirtschaftlichen Leben des Landes leisten wir jedenfalls einen wesentlichen Dienst, wenn wir jeden derartigen Missbrauch mit gesetzlicher Strafe bedrohen. Was nun das Verhalten der Bank anbetrifft, so kann ich constatiren, daß der weit überwiegende Theil der soliden Geschäftskräfte in Berlin dasselbe billigt und sogar für eine unabsehbare Notwendigkeit hält.

Wenn man ihr vorwirft, daß sie die Handelskrise chronisch mache, so muß man zunächst die wirtschaftliche Lage verstehen, ehe man über das Verhalten der Bank urtheilt. In dem Sinne, daß eine Überproduktion an Waaren vorhanden ist, wie in den Jahren 1828, 45, 56 und 57, haben wir keine Handelskrise. Damals suchten sich die Kaufleute, die mehr producirt hatten, als der Markt verlangte, gleichfalls, wie eben jetzt, durch Rittwechsel zu halten; als das nicht mehr ging, waren sie die Waaren plötzlich auf den Markt und die Preise sanken sofort um mehr als hundert Prozent. An einer solchen Handelskrise leiden wir nicht; die Industrie ist im Großen und Ganzen gesund; mag hier und da zu viel producirt werden, das ist die Folge der übermäßigen Speculation mit Effekten. Das Gerede ist unsere Krise, die Überproduktion an Effecten. Es ist die allgemeine Richtung der Zeit, das Kapital zu associiren, damit auch das kleine Kapital der Segnungen heilhaft werde, welche der grosskapitalistische Betrieb schafft. Ob man es als einen Fort- oder als einen Rückritt betrachtet — die Thatache steht fest, daß der Großbetrieb, der große Kapitalien erfordert, immer mehr an die Stelle des kleinen, handwerksmäßigen Betriebes tritt.

Wenn ich Franzose wäre und den Mund voll großartiger, französischer Phrasen nehmen wollte, würde ich sagen, daß die Actien-Gesellschaften dem kleinen Capital die „Demokratisierung des Großcapitals“ ermöglichen. Diese Geldbewegung stammt theils aus dem Goldregen, der sich von Frankreich über uns ergossen hat, theils aus dem allgemeinen, festen Glauben an die

Stabilität der europäischen Zustände seit dem letzten französischen Kriege. An ihr betheiligen sich nicht nur die Gründer ex professo, sondern in großer Massen auch das kleine, ländliche Capital, und deshalb begrüße ich die Erklärung des Bankpräsidenten, daß da, wo er eine wirklich gesunde Industrie sieht, er ihr seine Unterstützung nicht versagen wird, mit Freuden. — Herr Löwe erwähnt, daß sich über die allgemeine Bankfreiheit ja streiten läßt. Ich halte die Lösung dieser theoretischen Frage bei uns verhältnismäßig für am leichtesten, weil die Verwaltung unserer Bank allezeit eine vorausgängliche war. Ihre theoretischen Mängel wurden durch die Praxis unwirklich gemacht. Dagegen werde ich persönlich die allgemeine Notenfreiheit in Preußen stets bekämpfen. Ich halte die Notenausgabe für ein wesentliches Attribut des Staats und ich befürchte auch gar nicht, daß sie sich jemals bei uns einbürgern wird. Schließlich spreche ich nochmals meine Überzeugung aus, daß, wenn die Bank sich selbst, wie sie begonnen hat, und namentlich den Geldustuß nach Wien hemmt, sie auf unsere wirtschaftlichen Zustände sehr wohlthätig wirken wird. (Beifall.)

Damit schließt die Discussion und der Etat der Bank wird unverändert genehmigt.

Das Haus nimmt hierauf die Berathung des Etats der Forstverwaltung, welche vorgestern unterbrochen worden war, wieder auf, genehmigt den Antrag Miquel auf Erlass eines allgemeinen Forststiftungsgesetzes, sowie sämmtliche Titel des Etats. Die Budget-Commission hat zu demselben in einer Resolution beantragt, die Regierung wiederholt aufzufordern, die Verbindung des reitenden Feldjäger-Corps mit der Forstverwaltung bald thunlich aufzuheben.

Referent Abg. v. Benda weist darauf hin, daß bereits 1863 dieselbe Resolution die Zustimmung des Hauses gefunden habe. In der That steht die diplomatische Mission des Feldjäger-Corps mit der Forstverwaltung in gar keinem Zusammenhange, und entspreche der gegenwärtige Zustand in keiner Weise dem Interesse der Forstverwaltung. Die Summe für das Feldjäger-Corps abzuziehen sei nicht möglich, da dieselben auf dem Etat des Reiches figurirten.

Der Antrag wird hierauf mit großer Majorität angenommen.

Abg. Windhorst (Meppen) zur Geschäftssordnung: wenn es überhaupt noch möglich ist, hier zu beschließen, so wünsche ich, daß beschlossen werde, daß die Etats des Ministeriums des Innern und der Domänenverwaltung von der heutigen Tagesordnung abzutreten. Besonders der erstere dieser Gegenstände ist so ernst und wichtig, daß ich auch die Anwesenheit derjenigen Kollegen wünschen muß, welche augenblicklich zu Hause eilige Geschäfte als hier zu haben glauben. Ich bitte daher um Annahme meines Antrages, wenn wir überhaupt noch beschließen können. Abg. Lasker und Loewe unterstützen den Antrag. An der Schwelle der Ferien, in einem so spärlich besetzten Hause dürfe ein so wichtiger Theil des Budgets nicht berathen werden.

Präsident v. Forckenbeck: Die Bemerkungen der drei Redner enthalten den Zweifel, ob das Haus noch beschlußfähig ist. Ich halte mich dem Lande gegenüber für verpflichtet, durch Namensaufruf festzustellen, welche Abgeordnete zur Zeit die Erledigung ihrer häuslichen Angelegenheiten den Geschäften dieses Hauses vorgezogen haben. (Lebhafte Beifall.)

Der Antrag ergibt die Anwesenheit von 219 Mitgliedern, das Haus ist also noch beschlußfähig. Es nimmt hierauf den Antrag Windhorst auf Abbruch der Budgetberathung mit großer Majorität an und genehmigt in dritter Lesung und ohne Discussion das Gesetz wegen Ermäßigung der Mef.-Abgabe in Frankfurt a/O.

In der nummer folgenden ersten Berathung des Gesetzes betr. die Aufhebung, beziehungsweise Ermäßigung gewisser Stempel-Aufgaben bedauert Abg. Eberty, daß anstatt der gänzlichen Beseitigung der Stempelgebühren für Geburts-, Taufs-, Aufgebots- u. s. w. Alters nur eine Herabsetzung derselben auf 5 Silbergroschen in Aussicht genommen sei, damit seien die Schwierigkeiten bei Nachlaßregulirungen, Trauungen und Beerdigungen nicht beseitigt. Redner behält sich für die zweite Berathung die Einbringung eines darauf gerichteten Amendements vor.

Abg. Lasker ist für Überweisung des Gesetzes an die Commission für das Erbschaftsstempelgesetz. Abg. Windhorst (Meppen) unterstützt diesen Antrag und empfiehlt der Commission auch die Aufhebung des Zeitungsstempels ernstlich ins Auge zu fassen. Abg. Dunder macht dagegen darauf aufmerksam, daß diese Abgabe nicht auf dem allgemeinen Stempelgesetz, sondern auf besonderer gesetzlicher Vorschrift aus den fünfzig Jahren beruhe, also bei diesem Gesetz nicht in Betracht käme. Redner empfiehlt dagegen die Aufhebung des Kalenderstempels.

Das Gesetz geht an die Commission für das Gesetz betr. den Erbschaftsstempel.

Da die Vorlagen, deren Erledigung im Plenum demnächst bevorsteht, theils von großer Wichtigkeit, wie das Gesetz betr. die geistlichen Straf- und Bußmittel und der Etat, theils erst neuerdings mit noch ungedruckten Modellen aus den Commissionsberathungen her vorliegen, so schlägt der Präsident vor, vor Weihnachten keine Sitzung mehr und die erste Sitzung nach den Ferien am 7. Januar 1873, 11 Uhr, abzuhalten, womit das Haus einverstanden ist. Auf die Tagesordnung werden die Etats des Ministeriums des Innern und der Domänen-Verwaltung, sowie eine Anzahl kleinerer Gesetz-Einfüsse gelegt.

Schluß der Sitzung: 3 Uhr.

8. Sitzung des Herrenhauses. (11. December.)

1 Uhr. Am Ministerial Graf Jenpliz, Leonhardt und mehrere Regierungskommissionen.

Das Haus erhebt sich, um das Andenken der seit der letzten Sitzung verstorbenen Mitglieder Fürst Brunheim-Lieckeburg und Dr. v. Düesburg zu ehren.

Die vom Justizminister übersandten Gesetzentwürfe über das Grundbuchwesen im Jadegebiet und über das Grundbuchwesen in Hohenzollern gehen an die Commissionen für das Grundbuchwesen.

Vom Handelsminister ist eine Uebersicht über die Verwaltung der Staatsbahnen des Jahres 1871 und eine Uebersicht über die Verwaltung der fiskalischen Verworte, Hütten und Salinen des Jahres 1871 eingegangen. Die Vorlagen werden den Commissionen für Eisenbahnen resp. für Handel und Gewerbe überwiesen.

Es folgt der mündliche Bericht der Commission über den Gesetzentwurf bet. den Rechtszustand im Jadegebiet.

In der Generaldiscussion meldet sich Niemand zum Wort.

§ 1 wird mit der von der Commission beantragten Änderung, welche stattdes 1. Januar 1873 den 1. April 1873 als Einführungstag des Gesetzes feststellt, angenommen. — Bei § 2, welcher die preußischen Gesetze im Jadegebiet einführt, beantragt die Commission (Ref. Elwanger), die preußische Besaffung besonders zu nennen. Dagegen erklärt sich der Justizminister: daß die preußische Besaffung auch ein Gesetz, also in der Regierungsvorlage mißbegriffen ist, sei selbstverständlich. Indes wird § 2 mit dem Amendingement der Commission angenommen. — Bei § 4: „Für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten wird das gesamme im § 1 bezeichnete Gebiet dem ersten hessenischen Wahlbezirk (Kurh.) zugelebt. Der durch den Vertrag vom 20. Juli 1853 erworbene Gebietsteil scheide aus der Gemeinschaft mit den Kreisen Münden und Süpplingen aus.“ Eine Veränderung in der Anzahl der Wählervoten ist in den beiden bezeichneten Wahlbezirken zu wählen. Abgeordneten wird das gesamme im § 1 bezeichnete Gebiet dem ersten hessenischen Wahlbezirk zugelebt. Der durch den Vertrag vom 20. Juli 1853 erworbene Gebietsteil scheide aus der Gemeinschaft mit den Kreisen Münden und Süpplingen aus.“ Eine Veränderung in der Anzahl der Wählervoten ist in den beiden bezeichneten Wahlbezirken zu wählen. Abgeordneten wird das gesamme im § 1 bezeichnete Gebiet dem ersten hessenischen Wahlbezirk zugelebt. Der durch den Vertrag vom 20. Juli 1853 erworbene Gebietsteil scheide aus der Gemeinschaft mit den Kreisen Münden und Süpplingen aus.“ Eine Veränderung in der Anzahl der Wählervoten ist in den beiden bezeichneten Wahlbezirken zu wählen. Abgeordneten wird das gesamme im § 1 bezeichnete Gebiet dem ersten hessenischen Wahlbezirk zugelebt. Der durch den Vertrag vom 20. Juli 1853 erworbene Gebietsteil scheide aus der Gemeinschaft mit den Kreisen Münden und Süpplingen aus.“ Eine Veränderung in der Anzahl der Wählervoten ist in den beiden bezeichneten Wahlbezirken zu wählen. Abgeordneten wird das gesamme im § 1 bezeichnete Gebiet dem ersten hessenischen Wahlbezirk zugelebt. Der durch den Vertrag vom 20. Juli 1853 erworbene Gebietsteil scheide aus der Gemeinschaft mit den Kreisen Münden und Süpplingen aus.“ Eine Veränderung in der Anzahl der Wählervoten ist in den beiden bezeichneten Wahlbezirken zu wählen. Abgeordneten wird das gesamme im § 1 bezeichnete Gebiet dem ersten hessenischen Wahlbezirk zugelebt. Der durch den Vertrag vom 20. Juli 1853 erworbene Gebietsteil scheide aus der Gemeinschaft mit den Kreisen Münden und Süpplingen aus.“ Eine Veränderung in der Anzahl der Wählervoten ist in den beiden bezeichneten Wahlbezirken zu wählen. Abgeordneten wird das gesamme im § 1 bezeichnete Gebiet dem ersten hessenischen Wahlbezirk zugelebt. Der durch den Vertrag vom 20. Juli 1853 erworbene Gebietsteil scheide aus der Gemeinschaft mit den Kreisen Münden und Süpplingen aus.“ Eine Veränderung in der Anzahl der Wählervoten ist in den beiden bezeichneten Wahlbezirken zu wählen. Abgeordneten wird das gesamme im § 1 bezeichnete Gebiet dem ersten hessenischen Wahlbezirk zugelebt. Der durch den Vertrag vom 20. Juli 1853 erworbene Gebietsteil scheide aus der Gemeinschaft mit den Kreisen Münden und Süpplingen aus.“ Eine Veränderung in der Anzahl der Wählervoten ist in den beiden bezeichneten Wahlbezirken zu wählen. Abgeordneten wird das gesamme im § 1 bezeichnete Gebiet dem ersten hessenischen Wahlbezirk zugelebt. Der durch den Vertrag vom 20. Juli 1853 erworbene Gebietsteil scheide aus der Gemeinschaft mit den Kreisen Münden und Süpplingen aus.“ Eine Veränderung in der Anzahl der Wählervoten ist in den beiden bezeichneten Wahlbezirken zu wählen. Abgeordneten wird das gesamme im § 1 bezeichnete Gebiet dem ersten hessenischen Wahlbezirk zugelebt. Der durch den Vertrag vom 20. Juli 1853 erworbene Gebietsteil scheide aus der Gemeinschaft mit den Kreisen Münden und Süpplingen aus.“ Eine Veränderung in der Anzahl der Wählervoten ist in den beiden bezeichneten Wahlbezirken zu wählen. Abgeordneten wird das gesamme im § 1 bezeichnete Gebiet dem ersten hessenischen Wahlbezirk zugelebt. Der durch den Vertrag vom 20. Juli 1853 erworbene Gebietsteil scheide aus der Gemeinschaft mit den Kreisen Münden und Süpplingen aus.“ Eine Veränderung in der Anzahl der Wählervoten ist in den beiden bezeichneten Wahlbezirken zu wählen. Abgeordneten wird das gesamme im § 1 bezeichnete Gebiet dem ersten hessenischen Wahlbezirk zugelebt. Der durch den Vertrag vom 20. Juli 1853 erworbene Gebietsteil scheide aus der Gemeinschaft mit den Kreisen Münden und Süpplingen aus.“ Eine Veränderung in der Anzahl der Wählervoten ist in den beiden bezeichneten Wahlbezirken zu wählen. Abgeordneten wird das gesamme im § 1 bezeichnete Gebiet dem ersten hessenischen Wahlbezirk zugelebt. Der durch den Vertrag vom 20. Juli 1853 erworbene Gebietsteil scheide aus der Gemeinschaft mit den Kreisen Münden und Süpplingen aus.“ Eine Veränderung in der Anzahl der Wählervoten ist in den beiden bezeichneten Wahlbezirken zu wählen. Abgeordneten wird das gesamme im § 1 bezeichnete Gebiet dem ersten hessenischen Wahlbezirk zugelebt. Der durch den Vertrag vom 20. Juli 1853 erworbene Gebietsteil scheide aus der Gemeinschaft mit den Kreisen Münden und Süpplingen aus.“ Eine Veränderung in der Anzahl der Wählervoten ist in den beiden bezeichneten Wahlbezirken zu wählen. Abgeordneten wird das gesamme im § 1 bezeichnete Gebiet dem ersten hessenischen Wahlbezirk zugelebt. Der durch den Vertrag vom 20. Juli 1853 erworbene Gebietsteil scheide aus der Gemeinschaft mit den Kreisen Münden und Süpplingen aus.“ Eine Veränderung in der Anzahl der Wählervoten ist in den beiden bezeichneten Wahlbezirken zu wählen. Abgeordneten wird das gesamme im § 1 bezeichnete Gebiet dem ersten hessenischen Wahlbezirk zugelebt. Der durch den Vertrag vom 20. Juli 1853 erworbene Gebietsteil scheide aus der Gemeinschaft mit den Kreisen Münden und Süpplingen aus.“ Eine Veränderung in der Anzahl der Wählervoten ist in den beiden bezeichneten Wahlbezirken zu wählen. Abgeordneten wird das gesamme im § 1 bezeichnete Gebiet dem ersten hessenischen Wahlbezirk zugelebt. Der durch den Vertrag vom 20. Juli 1853 erworbene Gebietsteil scheide aus der Gemeinschaft mit den Kreisen Münden und Süpplingen aus.“ Eine Veränderung in der Anzahl der Wählervoten ist in den beiden bezeichneten Wahlbezirken zu wählen. Abgeordneten wird das gesamme im § 1 bezeichnete Gebiet dem ersten hessenischen Wahlbezirk zugelebt. Der durch den Vertrag vom 20. Juli 1853 erworbene Gebietsteil scheide aus der Gemeinschaft mit den Kreisen Münden und Süpplingen aus.“ Eine Veränderung in der Anzahl der Wählervoten ist in den beiden bezeichneten Wahlbezirken zu wählen. Abgeordneten wird das gesamme im § 1 bezeichnete Gebiet dem ersten hessenischen Wahlbezirk zugelebt. Der durch den Vertrag vom 20. Juli 1853 erworbene Gebietsteil scheide aus der Gemeinschaft mit den Kreisen Münden und Süpplingen aus.“ Eine Veränderung in der Anzahl der Wählervoten ist in den beiden bezeichneten Wahlbezirken zu wählen. Abgeordneten wird das gesamme im § 1 bezeichnete Gebiet dem ersten hessenischen Wahlbezirk zugelebt. Der durch den Vertrag vom 20. Juli 1853 erworbene Gebietsteil scheide aus der Gemeinschaft mit den Kreisen Münden und Süpplingen aus.“ Eine Veränderung in der Anzahl der Wählervoten ist in den beiden bezeichneten Wahlbezirken zu wählen. Abgeordneten wird das gesamme im § 1 bezeichnete

artikel, beide in Übereinstimmung mit der kaiserlichen Verordnung vom 10. November, vom 1. Januar 1873 an für das bayerische Heer in Kraft treten.

Frankreich.

Paris, 17. Dechr. [Zur Verständigung über die gegenwärtige Lage der Dinge in Frankreich] schreibt man der „R. Z.“ von hier: Die Ruhe, welche die „République Française“, das Organ Gambetta’s, während der letzten beiden Tage bewahrte, findet ihre Erklärung in der Rede, welche Herr Thiers in der gestrigen Sitzung der Dufaure-Commission hielt und in der er sich offen auf das Terrain seiner Botschaft stellt, ohne die Sonnabends-Ausschaffungen des Herrn Dufaure auch nur mit einem Worte zu erwähnen. „Unsere Pflicht“, so lautet die wichtigste Stelle der neuesten Thiers’schen Ausschaffung, „ist, die eonservative Republik nicht zu proklamiren, sondern zu organisiren; dieses Beweis ist nothwendig. Es gibt Niemand, welcher die Monarchie an die Stelle der Republik setzen will. Man kann nichts Anderes machen; man muß die Nothwendigkeit anerkennen, die Republik zu machen.“ Die „République Française“ wurde auch durch die Erklärungen des Präsidenten nicht im Mindesten überrascht, und wie sie nach der Sitzung vom letzten Sonnabend nicht den leidesten Tadel gegen Thiers laut werden ließ, so ist sie auch heute Morgen das einzige Blatt, welches genug kaltes Blut hat, um der neuesten Weudung der Dinge einige Worte widmen zu können.

„Der Präsident der Republik“, so sagt dieselbe, „ist vor die Commission als der Verfasser der Botschaft getreten. Auf das Terrain der Botschaft stellte er sich, die er nicht allein vertheidigte, sondern die er auch als Ausgangspunkt für alle Combinationen, für alle Arbeiten der Commission anbat. Diese feste Haltung, diese unerschütterliche Entschlossenheit des Präsidenten der Republik werden von ganz Frankreich laut gewürdig werden. Die Botschaft, sie ist das neue Frankreich, das Frankreich der Zukunft. Herr Thiers hat sich der großen Rolle erinnert, welche er mit so vieler Kühnheit und so vielen Patriotismus vor seinen Zeitgenossen und der Nachwelt übernommen hat. Diese Rolle will er aufrecht erhalten, wohl wissend, daß dort die Ehre seines Alters, die Garantie des Rufes ist, welcher sich dem Namen anschließen soll, den er in unserer Geschichte zurücklassen wird. Herr Thiers will der Gründler der Republik sein. Er hat diesen Willen selbst denen klar und gegeben, welche, als sie sich durch ihre reactionären Leidenschaften hinzureissen ließen, den Redner belästigten, der gewagt hat, der Republik den verächtlichen Titel einer provisorischen Regierung zu geben. Sich über alle Debatten stellend, welche in der Versammlung seit ihrer Rückkehr nach Versailles stattfanden, wollte der Präsident weder der Mann der Sitzung vom 18. November, noch der vom 29. November, noch der vom 14. Dezember sein; er wollte kein und war der Staatsmann, welcher am 13. November, ehe irgend ein Streit stattgefunden, zu Frankreich und Europa gesprochen und uns die Sprache der Erfahrung, der Weisheit und des Patriotismus hatte vernehmen lassen. Welche Antwort wird der Präsident der Republik von der rekonstituierten monarchischen Majorität erhalten? Wir wissen es noch nicht; aber was wir wissen, ist, daß Frankreich jetzt hoffen kann, daß die Republik dem Groll der Eintags-Triumphatoren vom letzten Sonnabend geopfert werden wird.“

Man darf wohl fragen, wie es kommt, daß der Präsident, der gestern offen genug anstündigte, daß er nicht die geringste Absicht hat, den Royalisten Concessions zu machen, am letzten Sonnabend zugeben konnte, daß sein Justiz-Minister eine Sprache führte, die alle Republikaner in die höchste Wuth versetzen mußte. Die Antwort ist jedoch eine sehr einfache. Thiers hatte nie die Absicht, seine Pläne aufzugeben. Als in der National-Versammlung die Mitglieder der Dufaure-Commission, die bekanntlich aus 20 Royalisten und 10 Republikanern zusammengesetzt ist, gewählt wurden, geriet er in gewisse Aufregung, und da er glaubte, daß er bei seinem Kampfe mit derselben die Unterstützung des Landes bedürfe, so ließ er das Signal zur Auflösungs-Bewegung erläutern und das ihm ergebene „Siegle“, sowie Gambetta forderten gleich am Tage nach der Wahl der Commission zum Unterzeichnen von Petitionen auf, um die Auflösung der Kammer zu verlangen. Er hatte dabei keineswegs die Absicht, die Auflösungsfrage schon sofort vor die Kammer zu bringen, sondern er wollte nur, daß die Kundgebungen des Landes die Royalisten oder vielmehr die sogenannten „Unschlüssigen“, die bald mit der Linken, bald mit der Rechten stimmen, einschlägerten und er so die Majorität in der Kammer bei der Discussion über die Vorschläge erhalten werde, welche die Dufaure-Commission machen sollte. Der Antrag Lambert de Sainte Croix, sofort über die Auflösungs-Petitionen zu discutiren, der ganz unerwartet kam, setzte ihn daher in keine geringe Verlegenheit. Er konnte sich nicht für die Petitionen erklären, ohne daß eine Regierungs-Krisis hervorgerufen worden wäre, und er wollte auch verhindern, daß die Kammer ein Votum abgab, welches diese betreffende Bewegung geradezu tadelte oder gar dem Petitionsrecht zu nahe trete. Er entschloß sich daher für die einfache Tagesordnung und gab Dufaure den Befehl, Alles aufzubieten, um dieselbe zur Annahme zu bringen. Dufaure setzte diejenigen auch durch, ging aber in seinen Angriffen gegen die Linke und in seinen Concessions der Rechten gegenüber viel weiter, als Thiers gewünscht hatte, d. h. der Justiz-Minister zeigte sich nicht als Staatsmann, sondern als ein Avocat, der Alles aufopfert, wenn er der ihm anvertrauten Sache nur den Sieg verschafft. In seiner gestrigen Rede berichtigte Thiers nun die Lage, d. h. er stellte sie so wieder her, wie sie am 13. November war, am Tage, wo er seine Botschaft der Kammer vortrug. Wie die Verhältnisse sich nun weiter gestalten, muß die nächste Zukunft lehren. Man wird bald erfahren, ob die Royalisten nachgeben, ob wir eine zweite Aussage der Kerdelen-Angelegenheit erleben, oder ob Thiers gezwungen sein wird, zu der von Gambetta vorbereiteten Petitions-Bewegung seine Zuflucht zu nehmen.

[Zur Charakteristik des Herrn Thiers] schreibt man der „R. Z.“: Thiers heißt nicht Präsident der Monarchie in spe, sondern der Republik. Dies hat er den Mitgliedern der Rechten im Dreifliger-Ausschuss gestern rund und blödig begreiflich zu machen gesucht und sich dabei so klug und weise ausgedrückt, daß die Linke zwar nicht weiß, was die Rechte tut, aber daß die Linke heut wieder voll Vertrauen darauf ist, Thiers sei kein Dufaure und er werde sich den Schimpf nicht antun, seine Republik aufzugeben und durch die Hintertür in das Heiligtum des Eulentempels mit den Bildsäulen der Bourbonen schlüpfen. Die Legitimisten und Oleanisten ziehen bei Thiers immer den größeren Zähler nicht in Rechnung, daß Thiers eine historische Rolle spielt und sich derselben vollständig bewußt ist. Er weiß sehr wohl, daß, wenn er als Präsident der Republik stirbt, er zu den Gräben wie Mirabeau u. s. w. gezögzt werden wird, während die Einreihung unter die geprallten Staatsmänner, deren Frankreich von Richelieu’s bis zu Louis Philippe’s und Napoleons III. Zeiten so viele hat, nichts Verlockendes für ihn haben kann. Thiers ist zu alt, um am Glanze der Herrschaft noch viel zu haben, aber eben weil er alt, und dabei rüstig und reichbarisch, besteht sein Ehrgeiz darin, Alles besser zu verstehen, klüger einzufädeln, schlauer zu Ende zu führen und so viel wie möglich die Hauptfache allein zu machen, um dabei den Meister zu zeigen und als solcher vor aller Welt zu glänzen. Thiers ist nicht ehrgeizig im gemeinen Sinne, sondern im französischen, um nicht zu sagen im patriotischen Sinne; denn Patriotismus hat er, nur hat derselbe eine ganz specifische Fertigung. Und eben dies ist es, was ihm die Überlegenheit über die Royalisten giebt: er begreift sie vollkommen, denn er hat hinter ihrem Oden gesessen und ist in ihren Ideen zu Hause, wie in der rechten Tasche seiner weißen Weste; aber sie begreifen ihn nicht oder doch nur halb; ihnen ist er bloß der alte ehrgeizige

Fuchs, der weder Herz für Gott noch Menschen hat. So pflegt „Univers“ ihn seinen Gläubigen vorzumachen, und es hat uns immer gewundert, daß Beuillot sich nicht auch dazu verstiegt, diesem Athleten und Geiste, der verneint, was die Anhänger des Syllabus und die Adepten des Eulentanners bejahen, den Pferdeschuh anzudichten. Allerdings ist es nicht leicht, an dem Manne nicht irre zu werden, der alle Morgen ein anderes Gesicht aufstellt und alle Abend doch wieder mit dem alten zu Bett geht. So auch jetzt, wo dieselben Blätter, die gestern die Dufaure’sche Rede gar nicht begreifen konnten, heute die Rede des Herrn Thiers bewundern und dabei gar nicht merken, daß derselbe Geist, der jene insvirte, noch zehn Dufaures verbrauchen und doch schließlich den Monarchisten zwingen wird, daß er sich wohl biegen und schmecken kann, aber daß er desto weiter nach links schnellen wird, je weiter er nach rechts umgebogen wurde.

[Aus der gestrigen Rede des Herrn Thiers in der Dufaure-Commission] thellen wir nachträglich noch folgend: Stelle im Vorlaute mit:

Herr Thiers äußerte: „Was ist nun zu thun? Jedermann sagt: Ja, es muß etwas geschehen, und man sagt hinzu: Die ministerielle Verantwortlichkeit muß geregt werden. Aber diese Verantwortlichkeit besteht bereits ausdrücklich im Gesetze und sie wird auch in Anwendung gebracht. Der Präsident ist immer bereit auf die Tribüne zu kommen, um für seine Handlungen einzustehen, und sich zurückzuziehen, wenn man unzufrieden ist. Das nämliche ist mit den Ministern der Fall. Alle sind bereit, ihr Portefeuille niederzulegen, sowie die Versammlung das geringste Zeichen ihrer Unzufriedenheit giebt. Kann man daher in der ministeriellen Verantwortlichkeit das Mittel suchen, um der Lage abzuholzen? Sucht der Präsident der Republik seinen Minister für die Verantwortlichkeit zu entziehen? Man hat früher unter der Monarchie gehabt, daß der König der Kammer zum Troze seine Minister am Ruder erhalten wollte. Heute findet Dergartiges nicht statt. Der Präsident und seine Minister sind immer bereit, den Platz zu räumen, wenn die Versammlung den Wunsch lund giebt. Ich bin daher erstaunt, sagen zu hören, daß das bringende Bedürfnis die Regulirung der ministeriellen Verantwortlichkeit sei. Man erlaube mir, zu sagen, daß ich darin einen Angriff gegen meine Partei gefeiert habe, und dieses Mittel, Alles zu heilen, schien mir nicht ein empfindliches zu sein. Man hat die Güte gehabt, mir zu sagen, daß es einige Unbequemlichkeit habe, daß der Präsident der Republik, wenn er sich vor der Kammer einstelle, dem ausgelebt sei, unangenehme Dinge zu hören. Seit 40 Jahren habe ich mich in den öffentlichen Versammlungen an diese Unannehmlichkeiten gewöhnt, welche man mir zu eriparen das Wohlwollen hat. Man hat geglaubt, daß man durch meine Entfernung aus der Kammer die Regierungskrisen vermeide. Man irrt sich; sie werden im Gegenteil erster sein. Ich habe, glauben Sie mir es wohl, keinen unmäßigen Drang, das Wort in der Versammlung zu ergreifen. Ich bin seit einem Monat nicht in dieselbe getreten, und ich kann sagen, daß dieses mir gefielte ist, eine sehr wichtige Arbeit zu vollenden. Aber es kommen Fragen vor, bei welchen meine Unwesenheit in der Kammer nothwendig ist. Ich spreche von der Armeefrage. Wenn man sie, ohne mich angehört zu haben, auf eine Weise gelöst hätte, die mir gefährlich erschien, so würde ich nicht geglaubt haben, an der Gewalt bleiben zu können, und ich würde meine Entlassung eingereicht haben. Glücklicher Weise war der Beschluss durch eine große Weise eingegangen. Was ich von der Armee gefaßt, gilt auch von der Steuer auf die Rohstoffe, welche mir eine absolute Nothwendigkeit erschien, und von der Einkommensteuer, die nach meiner Ansicht voll Gefahren wäre. Wohlan! In diesen verhüdeten Fällen würde, wenn die Versammlung keine Beweise ihrer Weisheit gegeben, die Regierungstrübsal unvermeidlich gewesen sein; ich würde also meine Entlassung eingereicht haben. Möge man mir glauben, daß ich nicht die geringste Absicht habe, die Versammlung zu beherrschen oder auf ihre Beratungen zu drücken, aber ich habe tiefe Überzeugungen, mit welchen es mir unmöglich ist, mich abzufinden, da sie in meinen Augen die wesentlichen Interessen des Landes berühren. Was soll man Angesichts einer einzigen Versammlung thun? Ich habe den größten Wunsch, zu einer Versöhnung zu gelangen. Sicherlich ist es nicht, um die Gewalt in meinen Händen zu behalten, aber die Gefahren einer Erhöhung wären ernst, und wenn man, wie Sie gesagt haben, einen Modus vivendi finden kann, desto besser, ich werde ihn annehmen. Ich werde der Commission nachgeben, aber ich wiederhole es, die ministerielle Verantwortlichkeit ist kein ernstliches Mittel, um der Schwierigkeit der Lage zu begegnen. Man hat von einem Befrei von 30 Tagen gesprochen, möge man es auf 2, auf 3 Monate verlängern; ohne Zweifel ist es viel, aber dieses Mittel ist nicht ausreichend, denn eine Sache, die Anfangs in meinen Augen eine schlechte war, würde drei Monate nachher keine bessere werden. Ich habe zu verstellen geglaubt, daß die Commission sich darauf beschränken wolle, die Erklärungen der Regierung anzu hören. Ich bitte Sie, mir zu gestatten, Ihnen zu bemerken, wenn unsere Conferenzen sich auf Selbstgespräche beschränken, wir nicht zu einem gemeinschaftlichen Einverständnis gelangen können, denn nichts kann ohne Discussion und ohne daß jeder seine Meinung ausdrückt, zu Stande kommen. Eine Befragung der Regierung würde unangenehm sein. Gestatten Sie mir, von Ihnen zu verlangen, daß Sie uns anhören und mit uns die Fragen prüfen, die zu lösen sind, damit wir unsere Ideen in Einklang bringen können. . . . Unserer Pflicht ist, nicht die conservative Republik zu proklamiren, sondern sie zu organisiren. Diese Regierung besteht; sie ist die gegenwärtige Thatsache. Ich behaupte nicht, daß man eine Verfassung von hundert oder zweihundert Artikeln machen muß. Die Sache ist die: Niemand will die Frage der Monarchie und der Republik auftreten. Die Republik besteht aber. Kann man einer einzigen Versammlung eine Executivegewalt entgegen stellen, die aus ihr selbst hervorgegangen ist, ohne sich den ernstesten Schwierigkeiten auszusetzen? Ich glaube es nicht. Zwei Kammer sind unumgänglich nothwendig. Das große Verbrechen der Botschaft ist, gesagt zu haben, daß die Republik besteht! Man muß es sich gefallen lassen, sie umzuführen oder ihr die Mittel geben, vorangehen zu können; man muß ihr die Mittel geben, die zu ihrer Existenz nothwendig sind. Gestatten Sie mir einen Vergleich; es handelt sich darum, einen Wagen zum Rollen zu bringen; er kann sich nicht mit einem Rad in Bewegung setzen; er muß zum wenigsten deren zwei haben. Man hat gesagt, daß die Verfassung diese Dinge nicht thun könne, ohne sich zurückzuziehen. Dies ist ein Irrthum. Sie kann diese Frage lösen und sich zugleich mit ernsten Angelegenheiten beschäftigen, welche ihr vorliegen, namentlich mit denen, welche Bezug auf die Befreiung des Territoriums haben. Der Gedanke Betreffs der zwei Kammer ist fast in den Geist aller Völker eingedrungen, denn man kann die Nothwendigkeit, sie zu gründen, nur deshalb verhindern wollen, damit die Regierung nicht leben kann. Aber wie muß man die beiden Kammer bilden? Wir wollen heute nicht auf die Einzelheiten eingehen. Wenn die Commission den ersten Punkt annimmt, d. h. wenn sie der Ansicht ist, daß zwei Kammern gegründet werden müssen, so wird man dann die Art und Weise prüfen, wie man sie bilden muß. Nach dieser Hauptfrage wird eine andere an die Reihe kommen, nämlich die Beziehung der Vollmachten, welche zu vielsachen Diskussionen Anlaß geben können. Wenn man aber überhaupt namentlich die Zusammenfassung einer jeden Gesellschaft auf ernsthafte Weise studirt hat, so wird man zweier Elemente bemerken: das eine, welches schnell voranschreitet, das andere, welches die Bewegung zurückhalten will; der Fortschritt einer Nation bestellt aus der Combination dieser beiden Elemente. Es liegt wenig daran, auf welche Weise die Kammer, welche mit der Erhaltung beauftragt wird, zusammengefaßt ist. Darauf allein, daß man sie mit der Erhaltung beträgt, wird es ihre Mission erfüllen. Man kann später prüfen, ob man nicht, wie es in Amerika der Fall ist, die eine hauptsächlich mit den inneren, die anderen mit den äußeren Angelegenheiten beträgt; ob man nicht der einen den gerichtlichen, der anderen den finanziellen Charakter geben kann. Vor Allem auf man bestimmen, ob man eine Zweite Kammer gründen will. Auf diese Weise könnte für die Zukunft die Frage Betreffs der Auflösung erledigt werden. Wenn Sie dieses Recht einer der Kammer in Übereinstimmung mit der Regierung anvertrauen, so werden Sie keine Erschütterung zu befürchten haben, und da das Land weise ist, so werden Sie keine schlechten Kammer haben. Was muß man unter schlechten Kammer verstehen? Sicherlich ist es ne gute Kammer, welche die soziale Ordnung umstürzen will. Ich glaube nicht, daß das Land, welches conservativ ist, jemals eine derartige ernstige wird; aber man könnte als eine schlechte Kammer eine solche bezeichnen, mit der sich nicht regieren läßt, welche sich der Organisation der Armee widersezen würde, welche den öffentlichen Unterricht auf eine gefährliche Weise organisieren wollte oder die Steuern unannehmbar mache. Das Land wird keine Kammer von Kommunisten erneuen, aber wenn eine schlechte Kammer, wie ich sie angedeutet habe, ans Ruder käme, so würde man durch die Auflösung ihrer Herr werden und die gewarnte Nation würde besser wählen. Man muß nicht auf eine mächtige Armee zählen, um alle Schwierigkeiten zu lösen; sie würde nicht aufrechterhalten.

kann ihn nicht, wie im Alterthum, vom Blüge herbeiholen, um ihn mit der Leitung der Staatsgeschäfte zu betrauen. Wir wenden Alles an, was die Commission zur Regulirung der ministeriellen Verantwortlichkeit thun kann, wenn sie sich zur nämlichen Zeit mit den übrigen Fragen beschäftigen und dieselben auf cordiale Weise prüfen will. Wenn man aber sagt: „Beschäftigungen wie uns nur mit der ministeriellen Verantwortlichkeit und das Uebrige wird später kommen...“ wird man dem Worte des Ammonius des Herrn Dufaure nicht nachkommen... Wenn es sich aber um Bestimmungen betrifft der Organisation von zwei Versammlungen handelt, so kann man die Sachen für die Zukunft ohne Schwierigkeit zurichten; man kann selbst die Lösung durch transitorische Mittel vorbereiten.

Provinzial - Zeitung.

H. Breslau, 18. Dechr. [Pestalozzi-Verein.] In der vorgestern Abend im Café restaurant unter dem Vorh. des Herrn Hauptlehrer Dietrich abgehaltenen Versammlung machte der Kassirer des Vereins, Herr Lehrer Peuckert, zunächst Mittheilung über den Stand der Kasse. Danach hatte der Verein im Jahre 1872 eine Einnahme von 225 Thlr. 20 Sgr. 11 Pf., darunter 125 Thlr. 1 Sgr. 3 Pf. an Mitgliederbeiträgen, 100 Thlr. 19 Sgr. 8 Pf. an außerordentlichen Einnahmen. Der an die Kasse des Provinzial-Vereins zu zahlende Beitrag beläuft sich somit auf 112 Thlr. 25 Sgr. 5 Pf. die Verwaltungskosten betragen 12 Thlr. 25 Sgr. 8 Pf. Es bleiben ihm demnach etwa 100 Thlr., über deren Verwendung der Verein selbstständig zu beschließen hat. — Dem Provinzial-Verein, welcher gegenwärtig 26 Zweigvereine zählt, sind von diesen 137 Lehrer-Wittwen und Waisen zur Unterstützung empfohlen und 892 Thlr. 23 Sgr. 2 Pf. als statutenmäßiger Beitrag (die Hälfte der Einnahmen) geahnt worden. Da die Zahl der beantragten Unterstützungsdividenden, die im Vorjahr nur 83 betrug, so erheblich gestiegen ist, so hat die einzelne Unterstützungsdividende trotz der so erfreulich vermehrten Einnahmen nur auf 6 Thlr. 15 Sgr. bemessen werden können und ist also abermals kleiner geworden. Glücklicherweise ist unser Verein in der Lage, mit der ihm zur freien Verfügung verbliebenen Einnahmehälfte dafür eintreten zu können, daß die Hoffnung der von ihm empfohlenen Wittwen und Waisen auf eine mindestens der vorigjährigen gleich hohe Weihnachtsfreude nicht zu schanden werde. Einstimmig genehmigte die Versammlung die vom Kassirer propriezte Verstärkung der dem Vereine noch zur Verfügung stehenden Summe. Darauf wurde die Unterstützungsdividende einer Witwe mit Rücksicht auf die Zahl ihrer noch unerzogenen Kinder auf 15 Thlr. die einer zweiten aus demselben Grunde auf 12 Thlr., die einer besonders bedürftigen Witwe und einer eternellen Waise auf 11½ resp. 12 Thlr. die aller übrigen Wittwen und Waisen auf 9 Thlr. erhöht, so daß im Ganzen durch den Breslauer Zweigverein 287 Thlr. 15 Sgr. zur Vertheilung gelangen. Ein gemäß recht erfreulicher Resultat und doch wie gering und ungenügend im Vergleich zu der Summe des Glands und der Not, mit dem nach den eingangenen Berichten unweisbarhaft noch so viele Wittwen zu kämpfen haben, von denen so manche, im Greisenalter stehende oder von Siechtum befreit, nur wenige im Stande sind, ohne die härtesten Entbehrungen und ohne Almosen zu existiren. Um so erfreulicher ist es, daß einerseits ein großer Publikum mehr Freunde und Gönner findet. So konnte auch diesmal der Vorstehende die erfreuliche Mittheilung machen, daß die Herren Prof. Dr. Herz, Geh. Justizrat v. Isselstein und Staatsanwalt Heder, angeregt durch die in den öffentlichen Blättern erschienenen Sitzungsberichte, dem Verein unter Zuflucht rechtfertiger Beiträge erfuhr haben, sie unter die Zahl seiner Mitglieder aufzunehmen. Ebenso haben die Herren Kaufleute Burghart, Neugebauer, Schulz und Sust durch ein Mitglied des Vereins ihren Beitrag zu demselben erklärt. Möchte ihr edles Beispiel recht vielseitige Nachahmung finden, damit der Verein immer mehr in den Stand gesetzt werde, der bei den jetzigen Theuerungsverhältnissen unausbleiblich sich steigernden Not vieler Lehrerwitwen-Pension beziehen, mit vollem Erfolge entgegen zu treten!

○ Waldenburg i. Schl. 19. December. [Zweite Armenbeschreibung. — Unglück. — Unterstützung der Ostseefahrerbewohner.] Der hiesige katholische Gesellenverein, dem sicherlich nicht Reichsfächer zur Verfügung stehen, hat es sich zur Aufgabe gemacht, alljährlich armen Fleißigen Schulkinder beider Confessionen eine Weihnachtsfreude zu bereiten. Für das Jahr geschah dies gestern Abend im Schwertala. Es wurden 664 Kinder, ½ katholisch und ½ evangelisch je nach Bedürftigkeit mit den nötigsten Kleidungsstücken als: Beinkleider, Winterjacken, Halsfliezen für die Knaben und Röcke, Jacken, Schürzen, Strümpfe und Schuhe für die Mädchen, dazu je mit 1 Weihnachtsschale und etwaigen Schulbedürfnissen beschenkt. Die Gegenstände haben nach unserer Schätzung einen Wert von weit über 100 Thaler. Den einschläglichen festlichen Reden folgte die Aufführung zweier Theaterstücke: „Die Hirten von Bethlehem“ und „Alter Schlacht vor Thorheit nicht“ und eine Verlosung. Sämtlicher Erlöß war wiederum schon für die Weihnachtsbescherung 1873 armer Schulkinder bestimmt. Der zahlreiche Besuch ließ auf einen recht günstigen Erfolg schließen. Am 13. d. Nachmittags geriet der Wagenfieber Henschel beim Rangieren eines Güterwagens auf dem Dittersdorfer Bahnhof zwischen die Puffer, der Kopf wurde ihm zerquetscht, so daß der augenblicklich Tod erfolgte. Der 2. Henschel hatte glücklich die jüngsten Feldzüge mitgemacht, er hinterließ jetzt Frau und Kind. — Trotz mehrfachen Sammlungen für die Armenbeschwerden, für Verunglückte u. dgl. hiesiger Stadt und des Kreises werden auch die bedürftigsten Unglücklichen in der Ferne, die durch Überflutung der Ostsee arg Geschädigten nicht vergessen. Unsere Lotabläder haben mit Erfolg zu Beiträgen aufgesondert, die hiesige Loge, der Borschusverein u. A. haben zahlbare Summen zu erwähnen. Zwei bewilligt, verchiedene Vereine und Kreise werden voraussichtlich nicht zurückbleiben, so daß ein ganz neuemswertes Beitrag resp. Betrag von hier an der Unglücksstätte eintreffen werden. — Die Schneelage ist zur Zeit der Art, daß sich gestern und heut schon Schlitzen in Gebrauch zeigen konnten. Die Temperatur ist sonst mäßig. Wir haben heut nur 3°.

P. Brieg, 19. Dechr. [Der hiesige katholische Gesellenverein], welcher in erfreulichem Wachsthum seiner Mitgliederzahl (55 Gesellen, 53 Ehrenmitglieder) und seiner Leistungen begriffen ist, hat wieder einen bedeutenden Schritt zum Besserem vorwärts gethan; in dem seit dem November c. von seinem Vorstande (F. Preis, Schwab, Mendera) die Errichtung getroffen worden ist, daß alle durchgehende Gesellen, ohne Unterschied des Handwerks und der Confession, in dem Hospiz des Gesellen-Vereins auf dem Schlosse unentgeltliches Nachquartier und Frühstück erhalten, wenn sie sich durch ein Wanderbuch als Mitglied eines Gesellen-Vereins zweifellos legitimieren. Auch für Gesellenzehrung der Mitglieder wird durch die Vereinsbibliothek zweckmäßig gesorgt.

Notizen aus der Provinz.] * Hirschberg. Am vergangenen Sonnabend besuchte ein Geschäftstreiber aus Dresden von hier aus die Schneekoppe. Der selbe benutzte früh den Omnibus nach Schmiedeberg, wanderte dann bei heiterem Wetter über die Grenzbauden nach der Koppe und kehrte gegen Abend, von anhaltendem Schneetreiben betroffen, über Seidorf, woselbst er eine Fuhre engagierte, im Laufe des Abends nach Hirschberg zurück, wenig erbaud von den durchgemachten Strapazen, zumal seine Rückfahrt nach Dresden noch denselben Abend erfolgen mußte.

+ Schreiberhau. Die Schleppenbahn ist hierbei bis nach Neuwerk einerseits und bis zum Briesenwalde andererse

stehend wirkten hierbei die eintrifenden Wechsel-Depeschen, die zu der Auffassung berechtigten, daß die Verhältnisse am dortigen Platze auch einer leichteren Regelung entgegenzurichten, als man bisher angenommen hatte. Die siebenfache Weisse der letzten Tage hat augenscheinlich den hiesigen Markt nicht unbedeutend entlastet und demgemäß gestalten sich auch die Geldbeziehungen günstiger. Für Gold tritt schon mehr und mehr ein Angebot auf, wennschon darin nur wenig umging und die Zinssätze keine nennenswerte Änderung erfuhren. Die Spekulationswerthe eröffneten ziemlich fest, gewannen aber im Verlauf der Börse unter mehrfachen Schwankungen sowohl am Course, wie an den Umsätzen, besonders darf der Schluss der Börse als sehr fest bezeichnet werden. Die in diesen Werthen umgehenden Beträge nahmen sehr bedeutende Dimensionen an, da einerseits die Contremine zu umfassenden Deckungsläufen schreit, andererseits aber auch sehr belangreiche Speculationsläufe geschlossen wurden. Letztere wurden für Staatsbahnen von wohlunterrichteten Kreisen aufgebend bezeichnet, während Londoner Arbitrageurs Lombarden hier anlaufen ließen. Andere österreichische Bahnen waren zu gestrichenen Schlusscoursen gelangt, Gaßler sehr fest und ziemlich lebhaft. Österreichische Renten ziemlich begehrte. Auswärtige Fonds meist zu unveränderter Notiz gern genommen. Französische Rente höher und recht belebt; auch Aktien in gutem Verfahre. Amerikaner sehr fest. Tabak-Aktien eher weichend. In Russischen Fonds wenig Geschäft. Preußische Fonds meist unverändert und still, nur in $\frac{1}{4}$ proc. Pfandbriefen größeres Geschäft. Prioritäten zeigten in Preußischen Papieren Leben, wiederum waren 4% proc. in guter Frage und zeichneten sich besonders von diesen Oberschles., Rheinische, Schleswigische, Bergische, Mindener und Freiburger aus. Russ. Prior. zum Theil niedriger, Oesterl. sehr still. Auf dem Eisenbahn-Markt kam ebenfalls eine recht feste Stimmung zum Durchbruch, doch fanden auch hier einige Schwankungen statt, ehe die Festigkeit wirklich Platz greifen konnte. Zum Schluss waren besonders die Rheinisch-Westfälischen Debiten sehr gefüllt und höher bezahlt, ebenfalls Boßdamer anziehend. Für leichte Aktien entwidete sich ein recht lebhaftes Geschäft und waren besonders Limburger, Nibelungen und Westf.-Grajewo beliebt, das Prämiengefäß sehr lebhafter, namentlich für Bergische, Rheinische und Köln-Mindener. Auch Bankactien wesentlich besser, das Geschäft blieb hierin zwar noch befrüchtet, doch zogen die beliebteren Debiten, wie Darmst., Disc. Comm., Prov.-Disc., Jachmann, gut an. Centralb. für Genossenf. beliebt, Centralb. für Bauten (junge und alte) wesentlich höher. Dresden-Bank 103% G., Dresden-Hanßelb. 102 G., Görlitzer Vereinsb. 108% bez. u. G., Hamburger Bankverein 115% G., Leipziger Disconto-Bank 111 G., Warschauer Disc. 99, Wiener Arbitrage 118% G. — Industriepapiere sehr still. Schlesische Brauerei Scholz durch unlimiteire Verkaufs-Aufträge geworfen. — Wechsel still, meist unverändert. London offerirt.

(Bank- u. Hdl.-Btg.)

Posen, 19. December. [Producten-Bericht von Lewin Berliner Schone.] Roggen: (pro 100 Kilogramm) fester. Kündigungspreis 53% Gel. — Wögl., December 53% bez. u. G., December-Januar 53% bez. u. Gld., Januar-Februar 53% bez. u. Br., Februar-März —, Frühjahr 54% bez. u. G., April-Mai 54% bez. u. Br., Mai-Juni 54% — 54% —/a bez. u. Br. Spiritus: (pro 10,000 Liter %) fester. Kündigungspreis 17% —/a — Gel. 30,000 Liter. December 17% —/a bez. u. Gld., Januar 17% bez. u. Br., Februar 17% bez. u. Br., März 17% bez. u. G., April 17% G., April-Mai 18% bez. u. Br., Mai 18% G., Juni 18% Br., Juli 18% Br., August —.

Rosener Markt-Bericht. Weizen: dringend offerirt, pro 1050 Kilogr. seines 90—94 Thlr., mittel 83—86 Thlr., ordinär und defect 72—80 Thlr. — Roggen: lustlos, pr. 1000 Kilogr. seiner 57%—58% Thlr., mittel 55—56 Thlr., ordinär 53—54 Thlr. — Gerste niedriger, pr. 925 Kilogr. seine 45—47 Thlr., mittel und ordinär 42—44 Thlr. — Hafer: matt, pr. 625 Kilogr. seiner 27%—28% Thlr., mittel u. defect 25—27 Thlr. — Eriben: behauptet, pro 1125 Kilogr. Koch-Eriben 55—57 Thlr., Futter-Eriben 48—50 Thlr. — Lupinen: beachtet, pr. 1000 Kilogramm, gelbe 32—35 Thlr., blaue 27%—31 Thlr. — Widen: pr. 1000 Kilogr. —, — Delfsaten: pr. 50 Kilogr. Raps — Thlr., Raps — Thlr. — Leinsamen: unverändert, pro 50 Kilogramm 75—82 Thlr. — Buchweizen: still, pr. 75 Kilogr. 45—49 Thlr. — Feinst. Waren über Notiz. — Wetter: Schnee.

© Paris, 17. Decbr. [Börse.] Der Markt war flau; die kleine Spekulation namentlich verkaufte; die größere enthielt sich. Namentlich waren es die schlechten Nachrichten von den fremden Börsen, welche auf den Markt drückten.

Paris, 19. Decbr. [Bankausweis.] Baarvorrath 791 Mill., unverändert. Portefeuille mit Ausnahme der gesetzmäßig verlängerten Wechsel 2260 Mill., Abnahme 20 Mill. Borschlässe auf Metallbarren 29 Mill., Abnahme 5 Mill. Notenumlauf 2624 Mill., Abnahme 11 Mill. Guthaben des Staatschakes 317 Mill., Abnahme 2 Mill. Laufende Rechnungen der Privaten 211 Mill., Abnahme 16 Mill.

London, 19. Decbr. [Bankausweis.] Total-Reserve 14,576,767 Pf. St., Notenumlauf 24,267,725 Pf. St., Baarvorrath 23,844,492 Pf. St., Portefeuille — Pf. St., Guthaben der Privaten 17,964,439 Pf. St., Guthaben des Staatschakes 10,242,828 Pf. St., Noten-Reserve 13,820,315 Pf. St. St. Plakatdisco.

Berlin, 19. December. Weizen loco 72—80 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität, gelber mecklenburger 83 Thlr., feiner gelber 84% Thlr. ab Bahn bez. pr. December 84% Thlr. bez. December-Januar — Thlr. bez. Januar-Februar — Thlr. bez. Februar-März — Thlr. bez. März-April — Thlr. bez. April-Mai 81% — Thlr. bez. Mai-Juni 80% — 81 Thlr. bez. — Roggen loco 55—60 Thlr. gefordert, inländischer 58 — 58% Thlr. ab Bahn bez. pr. December 57% — 5% Thlr. bez. December-Januar 56% — 5% Thlr. bez. Januar-Februar — Thlr. bez. Februar-März — Thlr. bez. April-Mai 55% — 5% Thlr. bez. Mai-Juni 55% — 5% Thlr. bez. Juni-Juli — Thlr. bez. — Rübbl loco 23% Thlr. — Spiritus loco ohne Zoll 18 Thlr. 12—8 Sgr. bez. pr. December 18 Thlr. 15—19—14 Sgr. bez. December-Januar 18 Thlr. 8—10—8 Sgr. bez. Januar-Februar — Thlr. — Sgr. bez. Februar-März — Thlr. — Sgr. bez. April-Mai 18 Thlr. 17—19—17 Sgr. bez. Mai-Juni 18 Thlr. 18—20—19 Sgr. bez. Juni-Juli 19 Thlr. — Sgr. bez.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegraph-Bureau.)

Bern, 19. Decbr. Der Ständerat hat dem Beschuß des Nationalrats, welcher die Genehmigung des Budgets pro 1873, die Prüfung der Tätigkeit des eidgenössischen statistischen Bureaus, sowie die Reorganisation der Verwaltung des Kriegsmaterials und die Rechnungs-führung seitens dieser Verwaltung zum Gegenstande hat, seine Zustimmung ertheilt.

Versailles, 19. Decbr. Abends. Die Nationalversammlung setzte die Budgetdebatte fort. Sie lehnte das Amendement Bonnells, die als berechenbarer Ertrag der Rohstoffsteuer eingestellten 93 Millionen nur als allgemeine Stattpost anzusehen, mit 461 Stimmen gegen 153 Stimmen ab. Larochette zog die Interpellation betreffs der Wallfahrt nach Lourdes zurück, und erklärte sich durch den Wechsel der Präfekten und die Absetzung des Maire in Nantes zuständiggestellt. Der Minister des Innern übernahm für die Absetzung des Maire die Verantwortung allein, er habe solche von steilen Stücken verfügt. Schließlich wurde der Gesetzesentwurf Wolowski's wegen Einführung von Correspondenzpostarten angenommen.

London, 19. December, Abends. Das Schwurgericht verurtheilte fünf Gardearbeiter wegen Conspiration zum Zweck der Einschüchterung des Betriebsdirektor der Gardegesellschaft, Beckton, zu einjährigem Gefängnis und schwerer Arbeit.

London, 19. Decbr. Nach einem Telegramm, d. d. Konstantinopel vom gestrigen Tage, welches dem hiesigen Comite für Währung der Interessen von Besitzern ausländischer Bonds von dessen Agenten in Konstantinopel zugegangen ist, wird offiziell durch den türkischen Finanzminister die Nachricht von einer durch die türkische Regierung beabsichtigten Unisierung der Staatschuld für durchaus unbegründet erklärt.

London, 19. December. Die Zahl der Schiffsunfälle an der Küste in Folge des gestrigen Sturmes ist eine sehr beträchtliche. Der heftige Regen hält hier noch immer an. — Die "Times" bringt in ihrem City-Artikel die Meldung aus Amsterdam, daß die

Einführung der Goldwährung in Holland von dem zur Untersuchung dieser Frage eingesetzten Comite befürwortet wird.

Newyork, 19. Decbr. Die Ansprüche der Erie-Eisenbahn-Gesellschaft an Gould wurden durch Zurückgabe des ganzen Betrages der 10 Millionen, über dessen Verwendung die Nachweise fehlten, erledigt.

Berliner Börse vom 19. December 1872.

Wechsel - Course.	Eisenbahn-Stamm-Action.
Amsterdam 250 Fl.	Divid. pro 1870 1871 Zf.
do, do, 1870 1871 Zf.	4 42% bz bG
Hamburg 300 Mk.	Aachen-Mastricht 1/2 1/2 1/2
do, do, 1870 1871 Zf.	8 7/4 129% 18/20 4
London 1 Lst.	Berg-Märkische 16 1870 1871 Zf.
Paris 300 Frs.	Berlin-Anhalt. 1 1 10 10% 4 22% bz bG
do, do, 1870 1871 Zf.	Berlin-Görlitz. 1 1 10 10% 4 22% bz bG
Paris 300 Frs.	Berlin-Hamburg. 10 10% 4 22% bz bG
do, do, 1870 1871 Zf.	Berl.-Potsd.-Magd. 20 14 4 152% bz bG
do, do, 1870 1871 Zf.	Berlin-Stettin. 9/4 11 4 179% 18/20 4
Augsburg 100 Fl.	Böhnn. Westbahn 7/8 8/4 105% bz
Leipzig 100 Thlr.	Breslau-Freib. 7/8 9/8 127% bz
do, do, 1870 1871 Zf.	do, neue 5 115% bz
Petersburg 1000 R.	Cöln-Minden. 10% 11% 165% 165% bz bG
do, do, 1870 1871 Zf.	Dux-Bodenbach. 5 5 111% bz
do, do, 1870 1871 Zf.	Gal. C.-Ludw.-G. 8 8% 102% 3% bz
Halle-Sorau-Guben	Hannover-Altenb. 5 5 12% bz
do, do, 1870 1871 Zf.	Kaschau-Oderberg. 5 5 76% bz
do, do, 1870 1871 Zf.	Kronpr.-Rudolfs. 20 0 49% bz bG
do, do, 1870 1871 Zf.	Ludwigs.-Beck. 9/10 11% 4 199 G.
do, do, 1870 1871 Zf.	Märk.-Posener. 2 0 49% bz bG
do, do, 1870 1871 Zf.	Magdeb.-Halberst. 8% 8% 132% bz bG
do, do, 1870 1871 Zf.	Magdeb.-Leipzig. 12 16 4 22% bz
do, do, 1870 1871 Zf.	do, Lit. B. 4 4 48% bz bG
do, do, 1870 1871 Zf.	Mainz-Ludwigsh. 9/4 11 4 176% 18/20 4
do, do, 1870 1871 Zf.	Ndrschl.-Märk. 4 4 49% bz bG
do, do, 1870 1871 Zf.	Ndrschl.-Zweibr. 6 6 108% bz
do, do, 1870 1871 Zf.	Oberschles. A. u. C. 12% 13% 3% bz
do, do, 1870 1871 Zf.	Stadt-Schulscheine. 3/2 3/2 104% 104% bz
do, do, 1870 1871 Zf.	Oestr.-Fr.-St.-B. 12 12 4 201/201 bz
do, do, 1870 1871 Zf.	Oesterl.-Nordwestb. 5 5 126% 8% bz
do, do, 1870 1871 Zf.	Oestr.-Süd-St. B. 3 4 111% 12% bz
do, do, 1870 1871 Zf.	Ostpreuss. Süd. 0 0 39% bz
do, do, 1870 1871 Zf.	Rechte O.-U.-Bahn. 4 3 128% bz bG
do, do, 1870 1871 Zf.	Reichenb.-Pard. 4/2 4/2 176% 176% bz
do, do, 1870 1871 Zf.	Rheinische 8/2 10 4 163% 163% bz bG
do, do, 1870 1871 Zf.	Rhein-Nahe-Bahn 0 0 4 39% br.
do, do, 1870 1871 Zf.	Rumän. Eisenb. — 5% 42% bz bG
do, do, 1870 1871 Zf.	Schweiz-Westbahn 2/2 2 4 47% G.
do, do, 1870 1871 Zf.	Stargard-Posener. 9/8 10% 4 100% bz
do, do, 1870 1871 Zf.	Thüringer. 9/8 10% 4 148% etb. bz
do, do, 1870 1871 Zf.	Warschau-Wien. 12 12 5 89% bz

Fonds und Gold-Course.	Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Action.
Nordde. Bundes-Anl. 5	Divid. pro 1870 1871 Zf.
Freiw. Staats-Anleihe 4% 101% G.	Aachen-Mastricht 1/2 1/2 1/2
Staats-Anleihe v. 1859 100% G.	Berg-Märkische 8 7/4 129% 18/20 4
do, do, 1854/55 4% 100% bz	Berlin-Anhalt. 16 1870 1871 Zf.
do, do, 1855/56 4% 100% bz	Berlin-Görlitz. 1 1 10 10% 4 22% bz bG
do, do, 1856/57 4% 100% bz	Berlin-Hamburg. 10 10% 4 22% bz bG
do, do, 1857/58 4% 100% bz	Berl.-Potsd.-Magd. 20 14 4 152% bz bG
do, do, 1858/59 4% 100% bz	Berlin-Stettin. 9/4 11 4 179% 18/20 4
do, do, 1859/60 4% 100% bz	Böhnn. Westbahn 7/8 8/4 105% bz
do, do, 1860/61 4% 100% bz	Breslau-Freib. 7/8 9/8 127% bz
do, do, 1861/62 4% 100% bz	do, neue 5 115% bz
do, do, 1862/63 4% 100% bz	Cöln-Minden 10% 11% 165% 165% bz bG
do, do, 1863/64 4% 100% bz	Dux-Bodenbach. 5 5 111% bz
do, do, 1864/65 4% 100% bz	Gal. C.-Ludw.-G. 8 8% 102% 3% bz
do, do, 1865/66 4% 100% bz	Halle-Sorau-Guben 4 4 80% bz bG
do, do, 1866/67 4% 100% bz	Hannover-Altenb. 5 5 87% bz
do, do, 1867/68 4% 100% bz	Kaschau-Oderberg. 5 5 76% bz
do, do, 1868/69 4% 100% bz	Kronpr.-Rudolfs. 20 14 4 152% bz bG
do, do, 1869/70 4% 100% bz	Ludwigs.-Beck. 9/10 11% 4 199 G.
do, do, 1870/71 4% 100% bz	Märk.-Posener. 2 0 49% bz bG
do, do, 1871/72 4% 100% bz	Magdeb.-Halberst. 8% 8% 132% bz bG
do, do, 1872/73 4% 100% bz	Magdeb.-Leipzig. 12 16 4 22% bz
do, do, 1873/74 4% 100% bz	do, Lit. B. 4 4 48% bz bG
do, do, 1874/75 4% 100% bz	Mainz-Ludwigsh. 9/4 11 4 176% 18/20 4
do, do, 1875/76 4% 100% bz	Ndrschl.-Märk. 4 4 49% bz bG
do, do, 1876/77 4% 100% bz	Ndrschl.-Zweibr. 6 6 108% bz
do, do, 1877/78 4% 1	